

Kritik an Werbung der Bundeswehr bei Kindern und Jugendlichen

EAK und AGDF: Friedenspolitische Bildung in den Schulen stärken

Bonn, 24.10.2014/APD Die evangelischen Friedensverbände „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF) und „Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden“ (EAK) haben die Werbung der Bundeswehr bei Kindern und Jugendlichen erneut scharf kritisiert und stattdessen eine Stärkung der friedenspolitischen Bildung in den Schulen gefordert. In einer gemeinsamen Erklärung wiesen die beiden Verbände darauf hin, dass Frieden Bestandteil des Schulunterrichts sein müsse.

Die aktuellen kriegerischen Konflikte überall in der Welt würden auch Schülerinnen und Schüler stark beschäftigen. Darum forderten die Vorstände von AGDF und EAK, dass in der Auseinandersetzung mit den Krisen in Schulen wie auch in der außerschulischen Jugendarbeit vor allem Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung aufgezeigt werden sollten.

Die Anwendung von Gewalt sei vielfach die Normalität bei Konflikten in der Welt und in der Gesellschaft. Möglichkeiten gewaltfreien Handelns wären dagegen weniger gut bekannt oder würden ignoriert, kritisierten AGDF und EAK. Dagegen könnten Jugendoffiziere in Uniform in den Schulen „eine Normalität von militärischen Interventionen“ vermitteln. Doch Friedensbildung müsse in der Verantwortung von Pädagogen bleiben, betonten die Vorstände der beiden Verbände. Dazu gehöre auch, die Tragweite und die Konsequenzen der Entscheidung für den Soldatenberuf wie auch den Einsatz von Waffen anzusprechen.

Auf Kritik stoße bei den beiden evangelischen

Friedensverbänden der Werbeetat der Bundeswehr von rund 30 Millionen Euro jährlich, mit dem versucht werde, mittels Camps, Sportwettbewerben, Artikeln in Jugendzeitschriften oder Gruppeneinladungen in Kasernen bei jungen Menschen Abenteuerlust und Technikbegeisterung zu wecken. Auch würden sogenannte Karriereetrucks im direkten Umfeld von Schulen mit attraktiven Ausbildungsmöglichkeiten und sicheren Arbeitsplätzen werben, betonten AGDF und EAK. Die Vorstände beider Friedensverbände forderten stattdessen von der Bundesregierung, auf die Rekrutierung von Minderjährigen zu verzichten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!